



»Bei Arzneimitteln und Medizinprodukten müssen Sicherheit und Wohl der Patienten im Mittelpunkt stehen.«



Dr. Peter Liese | EVP
Europäische Volkspartei

»Gesundheit braucht eine eigenständige Generaldirektion.«



Tiemo Wölken | S&D
Progressive Allianz der Sozialdemokraten

»Die Bürger wollen, dass die Arzneimittel überall sicher sind.«



Gesine Meißner | ALDE
Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa

»Wir werden uns für strengere Umwelt- und Gesundheitsnormen einsetzen.«



Rebecca Harms | EFA
Die Grünen/Freie Europäische Allianz

»Lobbyismus und Korruption dürfen nicht weiter politische Entscheidungen prägen.«



Gabriele Zimmer | GUE/NGL
Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke

- 1 **Warum lohnt es sich, am 26. Mai 2019 wählen zu gehen?**
- 2 **Braucht das Europaparlament mehr Rechte?**
- 3 **Gesundheit ist in der EU eigentlich Sache der Nationalstaaten. Auf verschiedenen Ebenen versuchen EU-Institutionen aber, mehr Einfluss darauf zu gewinnen. Wie stehen Sie dazu?**
- 4 **Welche vordringlichen Ziele setzt sich Ihre Fraktion in der nächsten Legislaturperiode für die Themen Gesundheit und Pflege?**
- 5 **Es wird spekuliert, dass die Aufgaben der bisherigen Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit auf die Direktionen für Soziales und für Industrie aufgeteilt werden sollen. Ist das für Sie eine Option oder sollte der Gesundheitssektor eigenständig bleiben?**

1 Die Wahl hat vielfältige Auswirkungen auf das Leben der Bürger. Sie entscheiden, ob Europa eine solide Finanzpolitik unterstützt oder ob Schulden machen belohnt wird. Sie entscheiden, ob wir Bürokratie abbauen oder unsinnige Regeln, wie das Verbot des Steigenlassens von Luftballons, wollen. Vor allem aber geht es darum, ob die EU weiter existieren soll oder ob die Europagegner das Parlament übernehmen und die EU am Ende zerstören. Deswegen ist es wichtig, dass Deutschland diese Parteien bei der Wahl in ihre Schranken weist.

2 Das EU-Parlament hat alle Rechte, die man sich wünschen kann. Wir entscheiden bei nahezu allem mit, was die EU regelt. Bei der Ernennung der Kommissare haben wir mehr Rechte als die Landtage und der Bundestag in Deutschland bei der Benennung von Ministern. Das Einzige, was wir uns zusätzlich wünschen, ist ein direktes Initiativrecht. Der Spitzenkandidat der Christdemokraten, Manfred Weber, hat zugesagt, als Kommissionspräsident alles aufzugreifen, was das EU-Parlament mit qualifizierter Mehrheit beschließt.

3 Es ist eine Legende, dass Gesundheit eine nationale Angelegenheit ist. In Artikel 168 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU steht zwar, dass die Verantwortung der Mitgliedstaaten die Verwaltung des Gesundheitswesens und der medizinischen Versorgung sowie die Zuweisung für dafür bereitgestellten Mittel umfasst. Dort steht aber auch, wofür die EU zuständig ist – zum Beispiel, im EU-Binnenmarkt auf ein hohes Niveau beim Gesundheitsschutz zu achten. Deshalb ist es zwingend, dass wir bei Arzneimitteln, Medizinprodukten oder grenzüberschreitenden Gesundheitsdienstleistungen Sicherheit und Wohl der Patienten in den Mittelpunkt stellen.

4 Wichtige Schwerpunkte sind die Bekämpfung von Krebs und von Antibiotikaresistenzen. Mit der gemeinsamen Nutzenbewertung von Arzneimitteln und Medizinprodukten wollen wir Ressourcen sparen und die Industrie dazu bringen, sich auf wirkliche Innovationen zu konzentrieren. Bei der Pflege sehe ich mit Sorge, dass wir den deutschen Pflegemangel vor allem mit Kräften aus Mittel- und Osteuropa bekämpfen. Diese fehlen in ihren Herkunftsländern. Besser wäre es, den Beruf attraktiver zu machen und auf einheimische Kräfte zu setzen.

5 Ich bin dafür, dass Gesundheit und Lebensmittelsicherheit weiterhin in einer Generaldirektion, mit einem eigenen dafür zuständigen Kommissar, bleiben. Gerade weil wir die Verpflichtung haben, in allen Bereichen auf ein hohes Gesundheitsschutzniveau zu achten, darf die Zulassung von Arzneimitteln nicht eine Binnenmarktangelegenheit sein. Gesundheit darf in der Politik kein Anhängsel sein.

Dr. Peter Liese ist Abgeordneter der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament.
▶ peter.liese@europarl.europa.eu

1 Die Europäische Union ist unsere Zukunftsversicherung. Ein Einzelein im Nationalstaat hilft niemandem. Damit der Anteil der Nationalisten im Europäischen Parlament möglichst gering ausfällt, müssen alle Pro-Europäer dieses Mal zur Wahl gehen. Nicht umsonst ist das Motto des Europäischen Parlaments für die diesjährigen Wahlen: „Diesmal wähle ich!“

2 Das Parlament hat mehr Rechte als viele glauben. So müssen wir der Kommission in Gänze zustimmen und hören jeden Kommissar oder jede Kommissarin vor der Zustimmung in einem intensiven Hearing an. Dieses Recht hätten viele Bundestagsabgeordnete sicher gern, wenn Minister durch die Kanzlerin berufen werden. Dennoch ist es an der Zeit, das Europäische Parlament mit dem Initiativrecht auszustatten, damit nicht die Kommission alleine das Monopol hat, neue Gesetzesvorschläge zu machen.

3 Die EU klärt nicht nur über Gesundheitsgefahren auf, sondern ist beispielsweise auch für die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, die Verhütung von menschlichen Krankheiten und die Bekämpfung schwerer und seltener Krankheiten zuständig. Allerdings dürfen Vorgaben in diesen Bereichen nicht bindend sein. Die Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen, sichere und hochwertige Medizinprodukte oder gemeinsame Impfstrategien sind nur wenige Beispiele, die nur dank europäischer Zusammenarbeit möglich sind.

4 Wir werden uns weiter für einen besseren Zugang zu Arzneimitteln einsetzen. Alle Bürger müssen innerhalb der EU die gleiche Möglichkeit haben, rechtzeitig an bezahlbare, hochwertige Medikamente zu gelangen. Der universelle Zugang nicht nur zu medizinischer Behandlung, sondern auch zu vorbeugender Pflege, sowie breite Krebsvorsorgeprogramme, spielen hier eine entscheidende Rolle. Ein weiterer Fokus wird auf der digitalen Gesundheit liegen, deren Einbeziehung in unsere Gesundheitssysteme von grundlegender Bedeutung dafür sein wird, wie wir qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung in Zukunft planen.

5 Das ist für mich keine Option. Der Gesundheitssektor muss für sich alleine bestehen bleiben. Laut Eurobarometer-Umfrage wollen 65 Prozent der Deutschen, dass die EU mehr im Bereich Gesundheit unternimmt. Das sind 16 Prozent mehr als noch im Jahr 2016. Gesundheit ist eines der wichtigsten und akzeptiertesten Themen auf europäischer Ebene und braucht daher auch eine eigenständige Generaldirektion.

Tiemo Wölken ist Abgeordneter der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D) im Europäischen Parlament.
▶ tiemo.wolken@europarl.europa.eu

1 Wählen gehen lohnt sich immer! Wer wählt, nimmt sein Grundrecht wahr, Entscheidungen mit zu beeinflussen. So überlässt man nicht denjenigen das Feld, die destruktiv sind. Ich glaube, die Rechtspopulisten wären in der EU lange nicht so stark, wenn jeder sein Wahlrecht wahrnehmen würde. Und die Europäische Union ist das beste Modell für die Zukunft unserer Kinder.

2 Das EU-Parlament hat seit dem Lissabon-Vertrag mehr Rechte und ist quasi dem Rat gleichgestellt. Das ist bereits ein großer Fortschritt. Was im Vergleich zu nationalen Parlamenten noch fehlt, ist das Initiativrecht. Das fordern wir Liberalen auch im Europawahlprogramm. Das EU-Parlament darf seinen Sitzungsort auch nicht selbst wählen. Wäre dies der Fall, würden wir einen Sitz in Brüssel befürworten, damit dieser sinnlose monatliche Reisezirkus zur Plenarwoche nach Straßburg endet. Doch bisher entscheiden die Staats- und Regierungschefs einstimmig über den Sitz des Parlaments.

3 Gesundheit ist nicht generell Sache der Nationalstaaten. Schließlich möchte jeder in der EU die gleiche Qualität an medizinischer Versorgung haben. Wer Urlaub in Spanien macht, möchte im Notfall genauso gut und sicher behandelt werden wie in Deutschland. Genauso wollen die Bürger, dass die Arzneimittel überall sicher sind. Deshalb ist es richtig, dass hier die EU die Gesetze vorschreibt. Allerdings sind Gesundheitsbudgets und Kostenersparungen nationale Kompetenz. Das ist auch richtig so. Hier haben wir Liberalen stets genau getrennt.

4 Das hängt von der Zusammensetzung der neuen Fraktion ab. Ich fände es wichtig, das Thema der Antibiotikaresistenzen weiter auf der Agenda zu haben. Weiterhin ist medizinische Forschung wichtig: Ich habe den Eindruck, sie gerät zu sehr in Verfall. Wir brauchen Forschung und Innovationen in der EU, um den Standort zu stärken, aber auch, um Patienten schnell Zugang zu neuen Arzneimitteln und Therapien zu ermöglichen. Dazu gehören nicht nur Universitäten, sondern auch Investitionen in den Standort. Dafür müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen. Eine schnelle Einigung bei der Nutzenbewertung von Gesundheitstechnologien, kurz HTA, wäre daher wünschenswert.

5 Hier kann ich mich klar auf Letzteres beziehen. Ich sehe keinen Mehrwert darin, die Generaldirektion Gesundheit aufzuteilen. Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sind in Zeiten von Skandalen oder auch vermeintlichen Skandalen zu wichtig, als dass sie nicht mehr eine eigenständige Generaldirektion bilden sollten.

Gesine Meißner ist Abgeordnete der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) im Europäischen Parlament.
▶ gesine.meissner@europarl.europa.eu

1 Das eigene Wahlrecht wahrzunehmen, lohnt sich immer und bei dieser Wahl ganz besonders, wenn man das Erstarcken der Populisten verhindern möchte. Man sollte den eigenen Einfluss auch deshalb wahrnehmen, weil die EU Gesetze erlässt, die unser aller Leben betreffen. Ein großer Teil der in Deutschland gültigen Rechtsnormen geht auf Beschlüsse der EU zurück. Wer mitbestimmen will, wer über die Luftqualität in den Städten, die zukünftige Energie- und Klimapolitik, Lebensmittelqualität, Verbraucherinformation und vieles mehr entscheidet, muss wählen gehen.

2 Das EU-Parlament ist in vielen wichtigen Politikbereichen bereits gleichberechtigter Gesetzgeber und hat deshalb deutlich mehr Einfluss auf die europäische Gesetzgebung als vielen bewusst ist. Diese Gleichstellung mit dem Rat kann noch auf weitere Politikbereiche ausgedehnt werden. Dass das Initiativrecht allerdings allein bei der EU-Kommission liegt, ist nicht mehr zeitgemäß und sollte geändert werden. Wir GRÜNEN wollen das Parlament stärken und so auch die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger verbessern.

3 Heute schon spielt die EU in einigen Bereichen eine wichtige Rolle, vor allem immer dann, wenn Gesundheitspolitik, Patientenrechte und Pflege eine grenzübergreifende Dimension haben. Aber auch im Bereich der öffentlichen Gesundheit haben die EU-Institutionen eine wichtige Verantwortung, insbesondere bei der Zulassung von Arzneimitteln nach dem europäischen Zulassungsverfahren und bei der Zulassung von chemischen Substanzen, die sich auf die Gesundheit von Menschen und Tieren auswirken können – wie zum Beispiel Antibiotika in der Tiermahrung.

4 Wir werden uns für eine stärkere Berücksichtigung von Prävention, Umwelt und Gesundheit in der Aus- und Weiterbildung von Ärzten und in der Forschung sowie für eine Koordination in den europäischen Ländern starkmachen. Weiterhin werden wir uns für strengere Umwelt- und Gesundheitsnormen einsetzen und darauf drängen, dass die Dominanz der Industrievertreter in europäischen Expertengremien abgebaut wird.

5 Wir halten das für eine schlechte Idee. Wir sind der Überzeugung, dass so wichtige Bereiche wie die Gesundheit und die Lebensmittelsicherheit eine eigenständige Generaldirektion in der EU-Kommission verdienen. Besonders wichtig ist das bei der Lebensmittelsicherheit: Es geht darum, höchstmögliche Standards sowie effiziente und unabhängige Kontrollen sicherzustellen. Daher sehen wir die Vermischung mit Industriepolitik als problematisch an.

Rebecca Harms ist Abgeordnete der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz (EFA) im Europäischen Parlament.
▶ rebecca.harms@europarl.europa.eu

1 Diese Wahl wird eine Richtungs- und Reichtwahl. Soll die EU sozial gespalten sein zwischen Arm und Reich? Zerbricht sie an Nationalismus und Ausgrenzung? Wir kämpfen für Solidarität und gute Löhne, für Menschenrechte und gegen Privatisierung, für Klimaschutz und menschlichen Umgang mit Geflüchteten, gegen Aufrüstung und Waffenexporte. Eine LINKE Stimme bei der Wahl macht Druck – in der EU und in Deutschland.

2 Ja, das fordern wir schon lange. In Zukunft sollten Initiativen für EU-Gesetze (Richtlinien und Verordnungen) direkt aus dem EU-Parlament kommen können. Heute kommen alle Initiativen von der EU-Kommission. Die Wähler und Wählerinnen haben das Recht, dass ihre Abgeordneten Gesetzesvorschläge machen, die dann auch verhandelt werden. Das ist Demokratie! Lobbyismus und Korruption dürfen nicht weiter politische Entscheidungen prägen. Transparenz und öffentliche Auskunftspflicht der Konzerne und Exekutivvertreter gehören dazu.

3 Wann und wo es sinnvoll ist, dass EU-Politik nationale Gesundheitspolitik beeinflusst, hängt vom Einzelfall ab. Die Richtlinie zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung haben wir abgelehnt. Gesundheit ist Teil der nationalen Sozialversicherungssysteme. Die Richtlinie befördert einen EU-Gesundheitsmarkt, der sich mehr an privatem Profitinteresse als an sozialem Gesundheitsschutz ausrichtet. Diese Tendenz hält DIE LINKE für falsch. Wir wollen, dass alle Staaten verpflichtet werden, allen Menschen in der EU Zugang zu guter Gesundheitsversorgung und Krankenversicherung zu gewährleisten.

4 Erstens gibt es in der EU noch immer zu viele Menschen, die keinen Zugang zu einer Krankenversicherung haben. Dies muss sich in der kommenden Legislaturperiode ändern. Zweitens fallen besonders in der Pflege die Standards und die Arbeitsbedingungen zwischen den EU-Ländern weit auseinander. Wir wollen mit gemeinsamen EU-Mindeststandards für Löhne und Personalschlüssel die nationalen Systeme stärken. Es muss sichergestellt sein, dass Pflegekräfte nicht ausgebeutet werden.

5 Wir betrachten die Gesundheitsversorgung als originären Bestandteil staatlicher Infrastruktur, die vor einer Instrumentalisierung durch Wirtschaftsinteressen geschützt werden muss. Wir befürchten, dass der Patientenschutz etwa bei der Arzneimittelzulassung sinkt, wenn künftige Vorschläge aus der Generaldirektion für Industrie/Binnenmarkt wie bisher eher die Wirtschaftsförderung und den freien Warenverkehr in den Mittelpunkt stellen. Daher lehnen wir den Vorschlag ab.

Gabriele Zimmer ist Abgeordnete der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament.
▶ gabriele.zimmer@europarl.europa.eu